

Delegiertenversammlung der EDU Schweiz vom 18. August 2012 in Olten

Die EDU-Delegierten sagen 3x Ja zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 23. Sept. 2012 und unterstützen die Referenden gegen die Bundesbeschlüsse über die Steuerabkommen mit Deutschland, England und Österreich.

Die Delegierten der EDU Schweiz haben heute Samstag in Olten die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2012 beschlossen. Sie sagten Ja zu den Volksinitiativen "Schutz vor Passivrauchen" und „Sicheres Wohnen im Alter“, sowie Ja zum Bundesbeschluss über die Musikförderung. Gleichzeitig unterstützen die Delegierten der EDU Schweiz auch die drei Referenden der AUNS gegen die Bundesbeschlüsse vom 15. Juni 2012 über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Deutschland, England und Österreich und des Protokolls zur Änderung dieser Abkommen.

Nach der Begrüssung durch Präsident Hans Moser und dem Kurzwort und Gebet von Richard Zberg behandelten die Delegierten die Traktanden. Im Zentrum standen die eidg. Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2012.

Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“

Diese Volksinitiative wurde seinerzeit bei der Unterschriftensammlung auch von der EDU unterstützt. Als Pro-Referent für die Initiative wirkte Dr. med. Thomas Schmid, Präsident der Lungenliga, die Kontra-Argumente vertrat Ex-Raucher SVP-Nationalrat Roland Borer. Nach kurzer interessierter Diskussion und kurzer Replik der Referenten wurde die Ja-Parole beschlossen. Ausschlaggebend war für eine Mehrheit der Delegierten die Vereinheitlichung der Rauchervorschriften in der Schweiz und die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.

Ja = Pro Initiative: 34 Nein = Kontra Initiative: 14 Enthaltungen: 1

Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung

Dieser direkte Gegenvorschlag für die zurück gezogene Volksinitiative „Jugend und Musik“ wurde von Hector Herzig, Geschäftsführer IG Jugend und Musik als Befürworter vorgestellt und vertreten. Alt EDU-Nationalrat Christian Waber erläuterte die Kontra-Argumente zur Ablehnung der Vorlage. Nach einer intensiven Diskussion wurde die Parole wie folgt beschlossen:

Ja = Pro Bundesbeschluss: 28 Nein = Kontra Bundesbeschluss: 20 Enthaltungen: 0

Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“

Diese Initiative wurde von Hrn. Ansgar Gmür, Hauseigentümerverband Schweiz vorgestellt und mit Engagement zur Annahme empfohlen. Die Gegenargumente wurden mangels eines Referenten dem Bundesbüchlein entnommen und von Harold Salzmann, Sekretariat EDU erläutert. Die Diskussion verlief lebhaft und engagiert, weil zahlreiche Delegierte auch persönlich von dieser Vorlage betroffen waren. Die bundesrätlichen Gegenargumente gemäss Abstimmungsbüchlein konnten zahlreiche Delegierte nicht überzeugen.

Ja = Pro Initiative: 45 Nein = Kontra Initiative: 3 Enthaltungen: 2

Referenden gegen die Bundesbeschlüsse vom 15. Juni 2012 über die Genehmigung der Abkommen der Schweiz und Deutschland, Österreich, England in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und des Protokolls zur Änderung dieses Abkommen.

Herr Werner Gartenmann, Geschäftsführer der AUNS, informierte die Delegierten über die Steuerabkommen der Schweiz mit Deutschland, England und Österreich, sowie über deren Inhalt und Zustandekommen, sowie über deren voraussichtlichen Auswirkungen auf unser Land. Nach eingehender Diskussion stimmten die Delegierten einstimmig einer Unterstützung dieser Referenden durch Beilage der

Referendumsbogen beim EDU-Standpunkt Sept. 2012 zu. Dies, weil die EDU sich für eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung auf rechtsstaatlichem Weg einsetzt und das diesbezügliche Vorgehen unserer Regierung und den Inhalt dieser Abkommen als rechtsstaatlich und staatsrechtlich äusserst fragwürdig und die Auswirkungen als äusserst negativ beurteilt wurden.

Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“

Die Delegierten wurden von alt Nationalrat M. Wäfler über die von der SVP lancierte eidg. „Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“ informiert. Diese Initiative definiert neu in detaillierterer Form die Übergangsbestimmungen über die vom Volk am 28.11.2010 an der Urne angenommene Ausschaffungsinitiative. Dies, weil Bundesrat und Parlament bisher die Umsetzung der vom Volk angenommenen Initiative nicht ausgeführt haben. Nach eingehender Diskussion entschied die Delegiertenversammlung mit 31 : 10 Stimmen bei 4 Enthaltung, den Entscheid über die aktive Unterstützung der Durchsetzungsinitiative auf eine nächste DV zu verschieben, da die Sammelfrist noch bis zum 24. Jan. 2014 dauert.

Volksinitiative „Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule“

Bereits zum zweiten Mal diskutierte die Delegiertenversammlung über die Volksinitiative „Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule“. Unbestritten war dabei das Anliegen, von Gender-Ideologie geprägten Sexualkundeunterricht, wie er von Seiten der Erziehungsdirektorenkonferenz vorgesehen ist, zu verhindern, resp. den Eltern das Recht zu geben, über die Sexualaufklärung ihrer Kinder selber zu entscheiden. EDU-intern bestanden jedoch bezüglich Initiativtext und Vorgehensweise des Initiativkomitees unterschiedliche Beurteilungen. Die EDU versuchte intensiv, Verbesserungsvorschläge zu realisieren, leider ohne Erfolg. Trotz diesen Mängeln und den damit verbundenen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Lancierung wurde diese Initiative, zwar ohne Begeisterung, aber von einer Mehrheit mit 34 : 8 und 6 Enthaltungen unterstützt, weil das grundsätzliche Anliegen an und für sich nicht bestritten ist.

Referendum gegen die Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung

Alt Nationalrat Christian Waber präsentierte das vor allem vom Gewerbeverband lancierte Referendum gegen die Änderung des Raumplanungsgesetzes, welches als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative vom Parlament beschlossen wurde. Strittig sind Bestimmungen zur Rückzonung, resp. zur Bebauung von bisherigen Bauzonenparzellen, sowie die Regelung zur Abschöpfung der Planungsmehrwerte. Die Delegierten beschlossen mit 0 : 33 Stimmen bei 7 Enthaltungen, dieses Referendum gegen die Änderung des Raumplanungsgesetzes nicht zu unterstützen.

Die Delegierten wurden ausserdem informiert über die vorgesehene Kundgebung vom 13. Oktober 2012 auf dem Bundesplatz zum Thema „Israel soll überleben!“, sowie die ausserordentliche Mitgliederversammlung über die Statutenrevision vom 8. September 2012. Eingeladen wurde ebenfalls zur EDU-Retraite am (neuen) Datum 2./3. November 2012 auf der Meielisalp, sowie den Marsch für s' Läbe vom Samstag, 15. September 2012.

Olten, 18. August 2012/hs

Für Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30
Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79
Alt Nationalrat Andreas Brönnimann, 079 356 29 70

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach, 3601 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch